

Große Inklusionsstudie startet in rheinischen Kitas

Behinderte und nichtbehinderte Kinder: Landschaftsverband lässt 5500 Einrichtungen befragen



Ort: Duisburg, DÄ.

Erscheint: Mo-Sa

Verbreitung: 93.077

Verkauft: 91.885

Gedruckt: 97.464

Von Autor: Holger Dumke

Im **Rheinland**.

Wenn im Bildungsbereich über Inklusion gesprochen wird, also darüber, dass Nichtbehinderte und Behinderte gemeinsam lernen - dann meist, weil etwas nicht funktioniert. "Wir hingegen wollen aufzeigen, wie Inklusion gelingen kann", erklärt **Lorenz Bahr**, Jugenddezernent beim **Landschaftsverband Rheinland (LVR)**. Der Verband hat gestern die bundesweit größte Studie zum Thema "Kindertagesstätten und Inklusion" gestartet (Kosten: 250 000 Euro). Alle Einrichtungen im **Rheinland**, 5500 an der Zahl, sollen befragt werden.

Kita-Leitungen, Eltern, Träger, Grundschulen und Behörden sollen einem Team der Uni Siegen um Prof. Rüdiger Kißgen von ihren Erfahrun-

gen berichten. Die Studie ist auf zwei Jahre angelegt; erste Ergebnisse sollen aber schon im Januar/Februar 2018 vorliegen. "Wir versprechen uns Einblicke, die es so noch gegeben hat", sagt Kißgen. Er will diese Einblicke im Studienverlauf so rasch wie möglich mit allen Akteuren teilen, etwa über eine eigene Internetseite und Diskussionsgruppen. Beabsichtigt ist, Handlungsempfehlungen zu formulieren. Später soll es eigene Abschlussberichte geben - einen für die Perspektive der Kitaleitungen, einen anderen für Eltern.

Steilvorlage fürs neue Kibiz Und wenn die Landtagspolitik den Abschlussbericht auch lese und daraus Schüsse fürs neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) ziehe, dann könne sie dieses gerne tun, sagt Astrid Natus-Can, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses beim **LVR** - ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Dezernent Bahr will Ergebnissen nicht vorgreifen. Er geht aber davon aus, dass Barrierefreiheit in den meisten Einrichtungen wohl nicht das größte Problem sein wird: "Immerhin müssen Eltern

da ja auch mit Kinderwagen reinfahren können." Andere Knackpunkte tun sich stattdessen auf, beim Personalschlüssel etwa. Üblicherweise betreuten zweieinhalb Pädagogen eine Regelgruppe von 25 Kindern, erklärt **Lorenz Bahr**. Mit Einrichtung eines Förderplatzes könne die Gruppengröße reduziert werden (wegen des erhöhten Betreuungsaufwandes fürs behinderte Kind). Tatsächlich geschehe das vielerorts aber nicht, die Kommunen brauchen händierend jeden Kindergartenplatz: "Das ist die Realität", sagte Bahr der NRZ.

Ein anderer Knackpunkt ist die Frage, ob behinderte Kinder ihre Therapien vor Ort in den Einrichtungen erhalten oder nach dem Kita-Alltag noch aufwändig mit ihren Eltern Therapeuten besuchen müssen.

Rechnet man die Betreuung für unter Dreijährige und über Dreijährige zusammen, so besuchten zuletzt insgesamt 306 000 Kinder die Regel-Einrichtungen im **Rheinland**. Etwa 9100 von ihnen haben eine oder mehrere Behinderungen. **LVR-Dezernent** Bahr hat den Eindruck, dass die

Einrichtungen aufgeschlos-
sen sind für Inklusion: "Aber
das hat natürlich auch Gren-
zen." Ein Ergebnis der Studie
könne sein, dass mehr Perso-

nal nötig ist. "Aber einfach nur
zu sagen, dass Inklusion mehr
Geld kostet, das wäre sicher-
lich viel zu kurz gesprungen",
meint Bahr. NRZ